

sen sein. (*Washington Post*, 26.12.02; *Boston Globe*, 29.12.02; *Economist*, 4.1.03; SCMP, 6.1.03; Jonathan Mirsky, „Xu Wenli, into American Exile“, in: *China Brief*, 14.1.03, [http://china.jamestown.org/pubs/view/cwe\\_003\\_001\\_001.htm](http://china.jamestown.org/pubs/view/cwe_003_001_001.htm); *Brown University News*, 21.1.03; [www.brown.edu/administration/news\\_bureau/2002-03/02-052.html](http://www.brown.edu/administration/news_bureau/2002-03/02-052.html)) -hol-

## 12 Studentenproteste in Hefei

Anfang Januar kam es in Hefei, der Hauptstadt der Provinz Anhui, zu Studentenprotesten, an denen sich bis zu zehntausend Studierende beteiligt haben sollen. Hongkonger Meldungen zu Folge handelte es sich um die größte Studentenproteste seit 1989. Da Hefei bereits in den 1980er Jahren Ausgangspunkt für wiederholte Protestaktionen gewesen war, wurde der Nachricht besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Ausgelöst worden waren die Proteste durch einen Verkehrsunfall am 7. Januar, bei dem ein Lastwagen vor dem Eingangstor zu einer Universität in Hefei drei Studenten erfasst hatte; mindestens einer von ihnen kam durch den Unfall ums Leben. Mehrere tausend Studenten versammelten sich daraufhin vor dem Sitz der Provinzregierung und später auch vor dem Sitz des Provinzparteikomitees in Hefei und forderten, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, um eine bessere Verkehrssicherheit in der Stadt zu gewährleisten.

Wie in verschiedenen *chat rooms* im Internet gemeldet wurde, soll sich Hu Jintao, der neue Generalsekretär der KPCh, persönlich in den Vorfall eingeschaltet haben. Um bereits im frühen Stadium eine Eskalation der Proteste zu erreichen, soll er eine harte Bestrafung des Lastwagenfahrers versprochen haben, der noch am selben Nachmittag verhaftet wurde. Auch soll er in Aussicht gestellt haben, die Verkehrssicherheit auf dem und um den Campus der betreffenden Universität zu verbessern. Zuständige Behörden in Hefei sollen daraufhin noch am selben Tag Vorschläge für den Bau einer Fußgängerbrücke vorgelegt haben. Die Proteste lösten sich daraufhin auf.

Wie der Vorfall zeigt, scheuten sich die Studenten nicht, ihren Unmut vor den höchsten parteistaatlichen Instanzen in Hefei zum Ausdruck zu bringen. Trotz der fehlenden politischen Motivation der Proteste scheinen diese sogar für die zentrale Parteiführung in Beijing Anlass zur Sorge gegeben zu haben, da sie offenbar fürchten muss, dass spontane Demonstrationen leicht mit einer politischen Agenda unterlegt werden und sich ausbreiten könnten. In einem Klima verbreiteten gesellschaftlichen Unmuts scheint die Führung im jüngsten Fall eine Strategie frühzeitiger Deeskalation verfolgt zu haben. (*Wen Wei Po*, 9.1.03, nach FBIS, 9.1.03; SCMP, 10.1.03; *Economist*, 18.1.03) -hol-

---



---

## Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

---



---

### 13 Neues Programm für Wissenschaft und Technik

Auf der diesjährigen nationalen Januar-Tagung für Wissenschaft und Technik wurde bekannt, dass die Regierung beabsichtigt, ein neues mittel- und langfristiges Programm für wissenschaftliche Forschung und technische Entwicklung aufzulegen. Ziel ist es, mit diesem Programm die internationale Wettbewerbsfähigkeit Chinas zu stärken. Das Programm soll noch in diesem Jahr veröffentlicht werden. Es wird insbesondere Strategien zur Förderung wissenschaftlicher Forschung und technologischer Innovationen enthalten. Strategische Ziele sind die Ausbildung von Wissenschaftlern, die Erlangung von mehr Patenten und die Einführung technologischer Standards. Es wird auch um weitere strukturelle Veränderungen gehen. Wissenschaftsminister Xu Guanhua betrachtet das Jahr 2003 als entscheidend für die Umsetzung von Dezentralisierungsmaßnahmen in Bezug auf die Leitung der Forschungsinstitutionen und für die Realisierung einer besseren Kooperation zwischen den verschiedenen Forschungsorganisationen.

Teilnehmer an der Tagung waren Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft und Technik, des Bildungsministeriums, der Staatlichen Kommission für Verteidigungswissenschaft, -technologie und -industrie, der Chinesischen Akademie der Wissenschaften, der Chinesischen Akademie der Ingenieurwissenschaften und der Chinesischen Gesellschaft für Wissenschaft und Technik. Sie alle haben Vorschläge für das Programm unterbreitet. (XNA, 7., 8.1.03) -st-

### 14 Neue Atomkraftwerke am Netz

Anfang Januar 2003 sind in China zwei neue Atomkraftwerke ans Netz gegangen. Das eine Werk liegt in der Nähe von Beijing, das andere im südchinesischen Shenzhen. Bei dem Reaktor 40 km von Beijing entfernt handelt es sich um eine neue Generation von Kernkraftwerken, nämlich um Chinas ersten gasgekühlten Hochtemperaturreaktor. Damit hat China laut Prof. Wu Zongxin vom Institut für Kernergietechnologie der Qinghua-Universität einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Nutzung der neuesten Nukleartechnologie für zivile Zwecke vollzogen. Nach den USA, Großbritannien, Deutschland und Japan ist China das fünfte Land, das diese Technologie verwendet. Mit einer Kapazität von 10 Megawatt kann der neue Reaktor die dreifache Temperatur konventioneller Kernreaktoren erreichen. Er hat eine zweijährige Probephase mit rund 100 sicherheitsrelevanten Tests durchlaufen. Als Kühlmittel dient Helium. Bei einem Störfall schaltet und kühlt sich der Reaktor automatisch ab; deshalb schließt Prof. Wu eine Katastrophe wie in Tschernobyl aus. Die Entwicklung dieses Reaktors war ein Schlüsselprojekt im staatlichen F&E-Programm für Hochtechnologie und neue Technologien, dem sog. „Programm 863“.

Das Atomkraftwerk Ling'ao in Shenzhen ist ein Reaktor des konventionellen Typs. Es hat eine Kapazität von 2 Mio. Kilowatt. Mit dem nur einen Kilometer entfernten AKW Daya Bay (Daya Wan) verfügt die Provinz Guangdong damit über zwei Kernkraftwerke. Bislang waren in Chi-

na nur zwei AKWs in Betrieb, neben Daya Bay noch Qinshan in Zhejiang. Außer den jetzt vier am Netz befindlichen Kernkraftwerken sind zwei weitere im Bau: der zweite Bauabschnitt in Qinshan und die Anlage Tianwan in Jiangsu. (XNA, 8., 9.1.03; vgl auch C.a., 2002/1, Ü 23) -st-

## 15 Bildungswesen in Tibet

Das Autonome Gebiet Tibet ist in Bezug auf das Schulwesen die rückständigste Region der VR China. Es wird noch viele Jahre dauern, bis Tibet die beiden grundlegenden Aufgaben erfüllt, d.h. die allgemeine neunjährige Schulpflicht eingeführt und das Analphabetentum unter jüngeren Menschen abgeschafft haben wird. Von insgesamt 74 Kreisen hatten am Jahresende 2002 erst acht Kreise oder Städte die neunjährige Schulpflicht eingeführt; 49 Kreise hatten immerhin die sechsjährige Grundschule verwirklicht. 88,3% aller Kinder im Grundschulalter werden eingeschult, doch ein großer Teil von ihnen bricht die Schule vorzeitig ab. Die Analphabetenrate unter jüngeren Menschen (15 bis 45 oder 50 Jahre) war zum Jahresende auf 34,27% gesunken. (XNA, 22.1.03; vgl. auch C.a., 2001/10, Ü 18)

Bedingt durch die wirtschaftliche Rückständigkeit, ist Tibet nicht in der Lage, sein Schulwesen im erforderlichen Maße auszubauen. Als Armutsgbiet erhält es daher für die Entwicklung des Bildungssystems Hilfe von der Zentralregierung. In den vergangenen zehn Jahren bis zum Herbst 2002 hat die Zentrale 445 Mio. Yuan in das Bildungswesen Tibets investiert. Zudem haben im selben Zeitraum 15 Partnerprovinzen oder -städte den Bau und Ausbau von Schulen in Tibet mit insgesamt 220 Mio. Yuan unterstützt. Als weitere Fördermaßnahmen richten zahlreiche Schulen in verschiedenen Orten im chinesischen Kernland Spezialklassen für tibetische Schüler ein, die auf diese Weise eine bessere Schulbildung erhalten, als sie in ihrer Heimat erlangen könnten. In den Genuss dieser Maßnahme kommen nicht nur Schüler und Schülerinnen der Sekundarstufe I und II, sondern auch Studenten pädagogischer Ausbildungsstätten sowie allgemeiner Hochschulen, hier insbesondere auch

Postgraduierte. Auf diese Weise soll das drängende Problem des Fehlens gut ausgebildeter Fachkräfte in Tibet gemildert werden. Seit dem Jahr 2002 werden in den Provinzen und Städten, die Klassen für tibetische Schüler eingerichtet haben, jeweils die 20 besten tibetischen Absolventen der Mittelschulunterstufe direkt in die Oberstufe einer regulären allgemeinbildenden Mittelschule übernommen. Die Zahl der tibetischen Schüler und Studenten, die an Schulen bzw. Hochschulen im eigentlichen China ausgebildet werden, soll schrittweise von 1.200 im Jahr 2002 auf rund 4.900 pro Jahr erhöht werden. Tibetische Studenten genießen bei den Hochschulaufnahmeprüfungen einen Bonus, d.h. sie werden schon mit niedrigerer Punktzahl aufgenommen als die chinesischen Bewerber.

Besondere Anstrengungen werden von chinesischer Seite hinsichtlich der Ausbildung tibetischer Kader unternommen. Zu diesem Zweck, so hat das Bildungsministerium verfügt, sollen von 2003 bis 2007 zwanzig chinesische Hochschulen, darunter die Südwestchinesische Jiaotong-Universität, Partnerschaften zur Unterstützung der Universität Tibet und dreier anderer Hochschulen in Tibet übernehmen. An der Volksuniversität in Beijing und acht weiteren Hochschulen Chinas sind Stützpunkte zur Aus- und Weiterbildung berufstätiger tibetischer Kader eingerichtet worden. (Vgl. RMRB, 15.10.02)

Die vielfältige Hilfe, die China auf dem Bildungssektor für Tibeter leistet, ist nicht uneigennützig. Abgesehen davon, dass China die Transferleistungen nach Tibet propagandistisch ausnutzt, indem es immer wieder betont, den Tibetern bessere Lebensbedingungen gebracht zu haben, sollen die Bildungsprogramme nicht zuletzt dazu dienen, unter den jungen Tibetern, die an chinesischen Schulen und Hochschulen ausgebildet werden, Loyalität gegenüber China zu erzeugen. Von Seiten der Tibeter dürfte die Hilfe als zweiseitig empfunden werden, obwohl nicht zu leugnen ist, dass es viele Tibeter gibt, die sich an China gebunden fühlen, nicht zuletzt weil Loyalität gegenüber China die eigenen Karriereaussichten verbessert. -st-

## 16 Beschäftigungsprobleme für Hochschulabsolventen

In diesem Jahr wird es für Hochschulabsolventen erstmalig schwierig, eine Stellung zu finden. Noch nie gab es in China so viele Hochschulabsolventen, wie es sie in diesem Sommer geben wird. Erwartet werden nach Angaben des Bildungsministeriums 2,12 Millionen; das sind 46,2% oder in absoluten Zahlen 670.000 mehr als im Jahr 2002. Der Grund für das starke Anwachsen liegt darin, dass die Regierung 1999 damit begann, die Zahl der Studienanfänger von Jahr zu Jahr zu erhöhen. Für nächstes Jahr werden bereits 2,5 Millionen Hochschulabgänger erwartet. Doch längst nicht alle von ihnen werden einen Job finden. Fachleute rechnen damit, dass in diesem Jahr rund 600.000 und im nächsten Jahr rund 700.000 keine Stelle finden werden. Besonders ungünstig ist die Beschäftigungssituation in Beijing und Shanghai. Dort werden in diesem Jahr 112.000 bzw. 82.000 Graduierte und Postgraduierte auf den Arbeitsmarkt drängen, 26 bzw. 30% mehr als letztes Jahr. Zugleich nehmen die Stellenangebote in beiden Städten wie auch in anderen Städten der am weitesten entwickelten Ostgebiete ab.

Das Beschäftigungsproblem der Hochschulabsolventen bereitet der Regierung ernsthafte Sorgen; zugleich hat es eine öffentliche Diskussion ausgelöst. Dabei wurde u.a. die Meinung vertreten, der Hochschulsektor würde zu stark ausgeweitet. Die Regierung ebenso wie Fachleute widersprechen dieser Ansicht. Sie sind überzeugt, dass das Land als Ganzes noch weitaus mehr Hochschulabsolventen braucht. Gegenwärtig, so heißt es, hätten nur 5% der Bevölkerung eine Hochschule besucht, in entwickelten Ländern hingegen etwa ein Drittel der Bevölkerung. In China bestehe großer Bedarf an Fachleuten mit Hochschulstudium, es müsse ein Anteil von mindestens 15% erreicht werden. Ein Überangebot an Jungakademikern gebe es hauptsächlich in den großen Städten der wirtschaftlich entwickelten Gebiete.

Tatsächlich lässt sich nicht von einem generellen Beschäftigungsproblem sprechen. Das Hauptproblem liegt vielmehr darin, dass die Hochschulab-

solventen zum überwiegenden Teil in Beijing, Shanghai und den wirtschaftlich boomenden Provinzen und vor allem auch in großen Unternehmen arbeiten wollen. Außerdem haben sie zu hohe Erwartungen in Bezug auf Gehälter, Arbeitsbedingungen und Vergünstigungen.

Hier nun setzen auch die Lösungsvorschläge und Abhilfemaßnahmen der Regierung ein. Auf einer Sitzung hoher Regierungsvertreter, die sich mit dem Beschäftigungsproblem von Hochschulabsolventen befasste, wurden die Parteikomitees und Regierungen aller Ebenen aufgerufen, die Beschäftigungssituation zu verbessern und neue Jobs zu schaffen. Zhu Rongji bekräftigte das in den 1990er Jahren eingeführte Prinzip, dass sich die Hochschulabsolventen selbst einen Arbeitsplatz suchen müssen und dass der Markt die Beschäftigung regeln soll; Aufgabe der Regierung sei jedoch die Steuerung des Beschäftigungsmarktes sowie die Förderung von Beschäftigung und Unternehmensgründungen.

Die Universitäten und Hochschulen werden aufgerufen, verbesserte Lehrangebote zu machen, die sich mehr am Markt orientieren. Nach Meinung von Experten bilden viele Hochschulen immer noch am Markt vorbei aus. Die Hochschulen sollen ihre Studenten zudem besser auf den Beruf vorbereiten, sie zu Unternehmensgründungen animieren und ihnen Berufsberatung bieten. Von den Studenten wird gefordert, ihre Berufswünsche und Ortswahl an die Gegebenheiten anzupassen, ihre Erwartungen herunterzuschrauben und Jobs in ländlichen Gebieten, vor allem auch in den unterentwickelten Westgebieten, und im Privatsektor anzunehmen.

Ob die Hochschulabsolventen diesen Aufrufen Folge leisten werden, ist fraglich, denn die meisten von ihnen dürften befürchten, dass die Annahme einer Tätigkeit auf dem Lande oder in den unterentwickelten Gebieten ihnen Gesichtsverlust einbringen würde. Viele bemühen sich daher um die Zulassung zu einem Postgraduiertenstudium, das zum einen die Möglichkeit bietet, ihre Karrierechancen durch den Erwerb zusätzlicher Qualifikationen zu verbessern, zum anderen die Jobsuche hinausschiebt. Andere nehmen minder bezahlte oder kurz-

fristige Jobs an, um in Beijing oder Shanghai bleiben zu können. (XNA, 23.1.03; BBC PF, 11.1.03; *Wen Wei Po* (Hongkong), 7.1.03, nach FBIS-CHI, 7.1.03) -st-

### 17 Stärkerer Andrang zum Postgraduiertenstudium

Angesichts verminderter Berufsaussichten für Hochschulabsolventen ist in diesem Jahr ein erhöhter Andrang zum Postgraduiertenstudium zu verzeichnen. In Shanghai beispielsweise ist die Zahl der Bewerber gegenüber dem Vorjahr um mehr als 30% angestiegen, in der Provinz Liaoning sogar um 40%. Nach Erreichen des Bachelor-Titels streben immer mehr Hochschulabsolventen den Erwerb zusätzlicher Qualifikationen an, um die Aussichten für ihre berufliche Karriere zu verbessern. In diesem Frühjahr werden sich gut 800.000 Kandidaten um 270.000 Postgraduiertenplätze bewerben. Nur jeder dritte Bewerber wird also einen Studienplatz erringen können. Die Universitäten und Hochschulen tragen dem zunehmenden Andrang durch eine stetige Ausweitung der Postgraduiertenschulen Rechnung. Im Jahr 2002 gab es 490.000 Postgraduierte; für das Jahr 2005 werden bereits über eine Million erwartet.

Die meisten Kandidaten konzentrieren sich auf praxisorientierte Fächer wie Betriebswirtschaft, Recht, Finanzwesen, IT, Außenhandel, Englisch und technische Wissenschaften. Heute planen die Kandidaten ihre berufliche Zukunft viel rationaler als früher, heißt es von Seiten der Zulassungsstelle für Postgraduierte an der Beijing-Universität. Sie wählen ihr Hauptfach mit Bedacht aus und erkundigen sich vorher eingehend über das Lehrangebot und andere für ihre berufliche Karriere wichtige Aspekte. Früher hingegen interessierten sie sich in erster Linie für die Anzahl der zur Verfügung stehenden Postgraduiertenplätze und die Zulassungsvoraussetzungen. Dies zeigt, dass die Studenten selbstständiger werden und sich der Herausforderung seit Abschaffung der staatlichen Arbeitsplatzvermittlung für Hochschulabsolventen stellen. (Vgl. XNA, 4.1.03) -st-

### 18 Festhalten an Geburtenkontrolle

Auf der diesjährigen nationalen Arbeitskonferenz für Familienplanung im Januar 2003 bekräftigte Staatsrat Wang Zhongyu, dass die Regierung auch künftig an der bisherigen Familienplanungspolitik festhalten werde. Wolle der Staat das Ziel erreichen, für die gesamte Bevölkerung einen bescheidenen Wohlstand zu erreichen, so Wang, sei die Fortführung der Geburtenkontrolle unerlässlich. Er ermahnte insbesondere die Lokalregierungen, in ihren Anstrengungen nicht nachzulassen. Ungeachtet dieser Vorgabe hieß es auf der Konferenz, die Regierung achte jetzt in den ländlichen Gebieten mehr auf Freiwilligkeit bei der Familienplanung. Seit mehreren Jahren würde diese nicht mehr verwaltungsmäßig angeordnet, sondern basiere zunehmend auf der freiwilligen Entscheidung der ländlichen Bevölkerung. Als Beispiel, wo dies gut funktioniert, wurde die Provinz Zhejiang angeführt. In Anhui laufen ähnliche Bemühungen. In den entwickelten Provinzen dürfte die Geburtenkontrolle immer weniger ein Problem bedeuten, doch je ärmer ländliche Gemeinden sind, desto schwieriger ist es, die strengen Vorgaben von ein bis zwei Kindern pro Ehepaar durchzusetzen.

Die engen Vorgaben der Regierung und der Versuch, das Prinzip der Freiwilligkeit mehr und mehr in der Bevölkerung durchzusetzen, stehen daher in einem gewissen Widerspruch zueinander. Einerseits ist sich die Regierung zunehmend der nachteiligen internationalen Auswirkungen bewusst, die Zwangsmaßnahmen bei der Durchsetzung der Familienplanung auslösen, andererseits ist sie fest entschlossen, die Lebensverhältnisse der gesamten Bevölkerung auf einen Level bescheidenen Wohlstands anzuheben. Das Erreichen dieses Zieles setzt die Eindämmung des Bevölkerungswachstums voraus, denn ohne Verlangsamung des Bevölkerungswachstums würden alle Anstrengungen bezüglich nachhaltiger Entwicklung, Ernährung der Bevölkerung, Umwelt- und Ressourcenschutz sowie Schaffung von Arbeitsplätzen wirkungslos bleiben, und nicht zuletzt würden Gefahren für die gesellschaftliche Stabilität entstehen und die Le-

gitimation der Partei infrage gestellt werden.

Auf der Konferenz gab der Minister für Familienplanung Zhang Weiqing die Eckdaten für die mittelfristige Bevölkerungsplanung bis zum Jahr 2020 bekannt. Danach soll die Bevölkerung bis zum Jahr 2005 nicht über 1,33 Mrd. anwachsen. Bis zum Jahr 2010 soll die Bevölkerungszahl auf 1,4 Mrd., bis zum Jahr 2020 auf 1,5 Mrd. beschränkt bleiben. (Vgl. XNA, 9., 11.1.03) -st-

## 19 Wasserwirtschaft

Das Ministerium für Wasserressourcen hat auf einer nationalen Tagung über die Wasserwirtschaft ein Achtjahresprogramm für die Wasserwirtschaft vorgelegt. Im Laufe des Reformprozesses ist Wasser zu einer der wichtigsten, zugleich aber auch gefährdetsten Ressourcen geworden. Das Programm wurde in dem Bewusstsein erarbeitet, dass für die Anhebung des Lebensstandards der nachhaltige Umgang mit der kostbaren Ressource Wasser vonnöten ist. Es dient dem Ziel, die Bevölkerung von 1,3 Mrd. mit sauberem Trinkwasser zu versorgen, die Wasserversorgung zu garantieren und die Ökologie zu verbessern. Im Einzelnen sollen in dem Programm bis zum Jahre 2010 die folgenden Ziele verwirklicht werden:

- Alle größeren Flüsse sollen entsprechend höchsten Qualitätsanforderungen eingedeicht und alte Dämme renoviert werden.
- Die erste Bauphase des östlichen und mittleren Kanals des großen Wasserumleitungsprojekts, bei dem Wasser vom Süden in den trockenen Norden gelenkt werden soll, soll bis dahin abgeschlossen sein; dadurch würde sich die Wasserknappheit in Städten wie Beijing und Tianjin deutlich verbessern.
- 40-60% der ländlichen Gebiete sollen Zugang zu Leitungswasser haben.
- Der Wasserverbrauch für die Bewässerung in der Landwirtschaft

soll durch Wasser sparende Methoden auf dem gegenwärtigen Niveau gehalten werden.

- Etwa 46,7 Mio. Hektar natürliches Weideland sollen wiederhergestellt werden.
- Auf etwa 500.000 qkm soll die Bodenerosion beendet werden; besondere Schutzmaßnahmen gegen Erosion sollen für fast eine Million qkm instabilen Landes vorgenommen werden.
- Die Wasserqualität der großen Flüsse soll weiter verbessert werden; das ökologische Gleichgewicht einiger Gebiete soll durch das Verbot, zu viel Grundwasser zu entnehmen, gefördert werden.
- Es sollen eine ganze Reihe kleiner Wasserkraftwerke gebaut werden, um weitere 37 Millionen der Landbevölkerung mit genügend Energie zu versorgen.
- Es sollen marktorientierte Wassergebühren eingeführt werden, damit die Bevölkerung zum Wassersparen angehalten wird.
- Es soll ein landesweites Informationsnetz für die Gewässer eingeführt werden, das über Überschwemmungen, Dürren, Wassermanagement und Reduzierung der Bodenerosion informiert. (Vgl. XNA, 7.1.03)

Das Programm zielt darauf ab, die drei größten Probleme der chinesischen Wasserwirtschaft in den Griff zu bekommen: Überschwemmungen, Wassermangel und Wasserverschmutzung.

Zum Schutz vor Überschwemmungen wie die von 1998 mit über 1.000 Flutopfern wurden in den vergangenen Jahren 3.500 km Dämme entlang des Mittel- und Unterlaufs des Yangzi verstärkt und repariert, hieß es von Seiten des Ministeriums für Wasserressourcen. Dies habe bereits seine Wirkung gezeigt: Das Yangzi-Hochwasser des Jahres 2002 sei fast so hoch wie 1998 gewesen, doch sei eine Katastrophe ausgeblieben.

Der akute Wassermangel, insbesondere (aber nicht nur) im trockenen Norden, macht sich von Jahr zu Jahr mehr

bemerkbar. Die Ursachen sind neben Dürrekatastrophen vor allem menschengemacht, z.B. übermäßige Wasserverschwendung in der Landwirtschaft infolge veralteter oder defekter Bewässerungsanlagen und in der Industrie, das Absinken der Grundwasserspiegel durch zu hohe Wassarentnahme und Wasserverschmutzung durch Industrie- und andere Abfälle. Selbst im Einzugsbereich des Yangzi, dem längsten und wasserreichsten Fluss Chinas, herrscht teilweise Wassermangel, teils wegen der ungleichen Verteilung, teils wegen zu hoher Schadstoffbelastung. Wie eine Erhebung des Wasserressourcenkomitees des Yangzi belegt, leiden 59 Städte entlang des Yangzi an Wassermangel, 26 von ihnen unter schwerem Wassermangel. In einem aktuellen Kommuniqué zum Wasserstatus des Yangzi heißt es zudem, dass der Pro-Kopf-Vorrat an Wasser im Einzugsbereich des Yangzi im Jahr 2001 auf 2.100 Kubikmeter gesunken sei, das sei ein Viertel des Weltdurchschnitts. Da sich das Wasservolumen des Flusses insgesamt im Vergleich zu den Vorjahren kaum verändert hat, wird der verminderte Pro-Kopf-Vorrat dem Bevölkerungswachstum zugeschrieben. Standen 1980 bei einer Bevölkerung von 340 Mio. im Einzugsbereich des Yangzi noch 2.700 Kubikmeter Wasser pro Kopf zur Verfügung, war die Bevölkerung bis 2001 auf 420 Mio. angewachsen und der Wasservorrat pro Kopf auf 2.100 Kubikmeter gesunken.

Angesichts des sich stetig verschlimmernden Wassermangels ruft die Regierung zu rigorosem Wassersparen auf. Hierzu muss die Bevölkerung vielfach erzogen werden, denn gerade im Yangzi-Tal meinen die Menschen, Wasser sei reichlich vorhanden. Dabei steigt hier der Wasserverbrauch derzeit um ein Prozent im Jahr und wird weiter zunehmen. Experten weisen darauf hin, dass die wirtschaftliche Entwicklung im Rahmen des Programms „Aufbau West“ einen erhöhten Wasserbedarf erwarten lässt. Hinzu kommt das Wasserumleitungsprojekt vom Yangzi zum Norden, das dem Yangzi pro Jahr 45-60 Mrd. Kubikmeter Wasser entziehen wird. Die erste Bauphase dieses Projektes begann Ende letzten Jahres. Geplant ist der Bau von drei jeweils etwa 1.300 km langen

Kanälen in Ost-, Mittel- und Westchina, die den Yangzi mit dem Huang He, dem Huai He und Hai He verbinden werden. Die Bauzeit wird auf 50 Jahre veranschlagt, die Kosten werden mit 486 Mrd. Yuan (rd. 59 Mrd. USD) doppelt so hoch liegen wie für den Drei-Schluchten-Staudamm.

Ob der Yangzi diese Projekte verkraften wird oder nicht, in jedem Falle ist Wassersparen angesagt. Die Regierung plant, landesweite Quoten für den industriellen Wasserkonsum einzuführen. Ab 2005 sollen die Industriebetriebe 6 Mrd. Tonnen Wasser pro Jahr einsparen. Diese Menge würde den Jahresbedarf von fast 14 Millionen Menschen decken. Derzeit werden die Normen für einzelne Industriezweige bzw. Betriebe noch erarbeitet. In einem Entwurf ist beispielsweise vorgesehen, dass für die Produktion einer Tonne Stahl nicht mehr als 15 Tonnen Wasser verbraucht werden dürfen. Die größten industriellen Wasserkonsumenten sind die Sparten Elektrizität, Eisen und Stahl, Ölraffinerien, Färbereien und Papierindustrie. 1999 verbuchten sie zwei Drittel des gesamten industriellen Wasserverbrauchs. Die staatlichen Vorgaben für den Wasserverbrauch werden viele Betriebe veranlassen, ihre Produktionsmethoden zu modernisieren, um Wasser zu sparen. Ebenso wird die Einführung marktorientierter Preise für Wasser zum Sparen anhalten.

Was schließlich das dritte Problem, die Wasserverschmutzung, angeht, so sind hier nur punktuelle Fortschritte zu verzeichnen. So konnte der Minister für Wasserressourcen zwar verkünden, dass in den vergangenen fünf Jahren gut 34 Millionen Menschen auf dem Lande Zugang zu sauberem Trinkwasser erhielten, aber allgemein hat sich an der schlechten Wasserqualität der Flüsse und Seen Chinas wenig geändert. In den Yangzi beispielsweise wurden im Jahr 2001 ca. 22 Mrd. Tonnen Industrieabfall und Abwässer eingeleitet; das seien 1,4 Mrd. Tonnen weniger als im Jahr davor, heißt es in dem jüngsten Kommuniqué des Wasserressourcenkomitees des Yangzi. Dieser Rückgang wird der Tatsache zugeschrieben, dass eine Reihe von Großstädten wie Shanghai und Wuhan verstärkt Anlagen für die Auf-

bereitung von Abwasser und die Entsorgung von Industrieabfällen bauen. Doch der kleine Fortschritt wird durch das Bevölkerungswachstum, die wachsende Industrie und Landwirtschaft sowie die schnelle Modernisierung wieder aufgehoben. Insgesamt, so muss auch das Wasserressourcenkomitee zugeben, haben sich die Anteile von sauberem, trinkbarem und verschmutztem Wasser nicht verändert. (XNA, 4.-8.1.03) -st-

---



---

## Außenwirtschaft

---



---

### 20 Neue Regeln für die Devisenbeschaffung

Die State Administration of Foreign Exchange (SAFE) hat den Zugang zu Devisen für chinesische Unternehmen erleichtert, die Investitionen im Ausland vornehmen wollen.

Den neuen Regeln nach können die Unternehmen sich an ihre Provinzregierungen wenden, anstatt eine Genehmigung von der Zentralregierung zu beantragen. Auch können die Gewinne aus den ausländischen Geschäften von den Unternehmen ohne nähere Begründung einbehalten werden. Die Provinzregierungen können bis zu 200 Mio. US\$ pro Jahr für ein Unternehmen gewähren. (Chinabiz.org, 21.1.03)

Zunächst wurde Unternehmen in Zhejiang sowie in Guangdong und Shanghai der Zugang zu den Devisen für Investitionsaktivitäten im Ausland erleichtert. Auch die Provinzen Jiangsu, Shandong und Fujian sollen einbezogen werden.

Die Expansion chinesischer Firmen im Ausland war bisher auch aufgrund der Probleme bei der Devisenbeschaffung gebremst worden. Das Gesamtvolumen der chinesischen Investitionen von 6.849 Firmen im Ausland wird mit rd. 13,5 Mrd. US\$ angegeben. Die Unternehmen benötigten bisher die Genehmigung von drei nationalen Behörden, sie mussten eigene Devisen einbringen, Einlagen nachweisen, Risikoanalysen vorlegen und eine Erklärung über die Gewinnverwendung abgeben.

Die strengen Auflagen hatten zur Folge, dass fast nur Staatsunternehmen Investitionen im Ausland vornahmen. Mit der Lockerung der Bestimmungen wird nun erwartet, dass auch private Unternehmen verstärkt im Ausland investieren werden. (HB, 21.1.03) -schü-

### 21 USA und China: Zunehmende wirtschaftliche Verflechtung bei vielfältigen Irritationen

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und China werden von beiden Seiten überwiegend als positiv beurteilt. Ein Blick auf die Zunahme des bilateralen Außenhandels und der Direktinvestitionen von US-Unternehmen in China bestätigt dieses Bild. Gleichzeitig gibt es jedoch eine Reihe von Irritationen über angebliche Verstöße gegen das US-Waffengesetz und Spionageaktivitäten chinesischer Fachkräfte in US-Unternehmen.

Anfang Januar beschuldigte die US-Regierung zwei führende US-amerikanische Luftfahrtunternehmen, gegen das Exportgesetz im Zusammenhang mit dem Transfer von Daten über Satelliten und Raketen nach China in den 90er Jahren verstoßen zu haben. Es handelt sich um die Unternehmen Boeing Co. und Hughes Electronics Corp., eine Tochter der General Motors Corp.

Die Anschuldigungen enthalten Details darüber, wie US-Unternehmen im Wettbewerb um Aufträge aus China den Transfer von Luftfahrt Daten im Zusammenhang mit dem Abschuss von Satelliten angeboten haben. Die Informationen betrafen Antworten auf Anfragen der Chinesen über das Versagen der Raketen, die diese Satelliten transportieren sollten. Die amerikanische Regierung hatte den Einsatz von US-Satelliten für Chinas Luftfahrtunternehmen im Jahre 1999 gestoppt.

Den Unternehmen wird vorgeworfen, gegen die Gesetze zum Waffenexport verstoßen zu haben, da sie keine Genehmigungen von den Behörden vor dem Transfer der Informationen an die chinesischen Unternehmen beantragt hätten. Die beschuldigten US-Unternehmen wehren sich jedoch gegen die-